sonders die letztgenannte Unterkommission sehr begünstigen. Sie werden mit dieser viel lieber zu tun haben als mit einer andern. Man nimmt an, daß die Konferenzen mit den Russen in zwei Perioden gegliedert werden. In der ersten werde man sich nur informieren. Die Russen werden vor den anderen Sachverständigen die genaue Lage der Dinge in Rußland darzulegen haben, insbesondere die Möglichkeit, wie das Privateigentum zurückerstattet werden könne und wie sich das russische Transportwesen im Augenblick gestalte. Diese erste Periode werde 2 bis 3 Wochen andauern, dann erst wolle die nichtrussische Kommission entscheiden, ob es möglich ist, in Beratungen mit der russischen Delegation einzutreten.

Haag, 19. Juni. Amtlich wird berichtet: In der heutigen Nachmittagssitzung der vorbereitenden Versammlung der Haager Konferenz teilte der Vorsitzende die Zusammensetzung der ersten nichtrussischen Kommission und die der drei Unterkommissionen mit. Die erste Kommission wird zusammengesetzt sein aus Vertretern folgender Staaten: Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Holland, Polen, Portugal, Rumänien, Südslawien, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei.

Auch Frankreich nimmt Teil.

Haag, 19. Juni. In der heutigen Nachmittagssitzung der vorbereitenden Kommission erklärte der französische Delegierte Benoist namens der französischen Regierung, Frankreich werde sich bei der am 26. d. Mts. beginnenden Tagung vertreten lassen. Seine Regierung wünsche aber daran zu erinnern, daß es sich nur um eine Zusammenkunft von Sachverständigen ad referendum handle und daß jede politische Frage von den Beratungen ausgeschlossen sei, ferner daß seine Regierung sich die Freiheit vorbehalte, ihre Sachverständigen jederzeit zurückzuziehen, namentlich wenn das Auftreten der Sowjets dazu Veranlassung gebe. Der Franzose Alphand unterstützte diese Erklärung und sagte, die Beschlüsse der allgemeinen Kommission könnten weder frühere noch künftige Entscheidungen der Regierungen beeinträchtigen. Der belgische Delegierte Cattier war mit dieser Erklärung einverstanden. Auf Vorschlag Lloyd Greames wurde von Karnebeek unter Beifall der Anwesenden zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Im Auftrage der Versammlung wird van Karnebeek morgen der Sowjetregierung telegraphisch die Namen der Mitglieder der allgemeinen Kommission mitteilen. Am Mittwoch wird die Kommission einen Vorsitzenden wählen.

Politisches Rätselraten.

London, 19. Juni. Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle" schreibt, daß man dem Frühstück, das Lloyd George heute zu Ehren Poincarés in der Downingstreet gebe, mit großem Interesse entgegensehe. Es verlautet, daß nach dem Frühstück, an dem alle Mitglieder des Kabinetts sowie Lord Derby und Lord d'Abernon teilnehmen, die beiden Ministerpräsidenten sich zu einer privaten Unterredung zurückziehen würden. Französischerseits werde mitgeteilt, daß Poincaré wünsche, auf die Frage des englisch-französischen Paktes zurückzukommen. Wenn dieser Pakt erörtert werden sollte, so müßten die politischen Fragen, in denen England und Frankreich nicht übereinstimmten, besprochen werden. Auf jeden Fall hoffe man in politischen Kreisen, daß die Erörterung die Möglichkeit einer Lösung der Fragen des nahen Ostens und der Stellung der Türkei umfassen werde. Auch die Haager Konferenz und die Reparationen seien dringende Fragen.

Frankreichs Umkehr beim Frühstück?

London, 19. Juni. Nach der Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré wurde amtlich bekanntgegeben, daß die Reparationskommission eine Untersuchung über die Mittel veranstalten werde, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Poincaré wird wahrscheinlich Ende Juli nach England zurückkehren, um den Kommissionsbericht zu erörtern. **In der Zwischenzeit sind keine Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland in Aussicht genommen.**

London, 19. Juni. Das Reuterische Bureau verbreitet folgenden ergänzenden Bericht zur amtlichen Mitteilung über die Konferenz zwischen Lloyd George und Poincaré: Die britische Ansicht ist, daß gegenwärtig der Augenblick schlecht gewählt sei, sich zu bemühen, den Betrag der Verbindlichkeiten Deutschlands endgültig festzusetzen, weil die Verhältnisse so ungewiß seien, daß jede jetzt gefällte Entscheidung später einen Streit hervorrufen könne. Es wurde beschlossen, daß der nächste Schritt der Reparationskommission darin bestehen solle, den wirklichen Stand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe die deutsche Regierung irgendetwas tun könne, um durch Einschränkung der Ausgaben, Erhöhung der Steuern oder durch eine innere Anleihe das Gleichgewicht in seinem Haushalt sowie seine Währung wieder herzustellen.

Neue Regierung in Rußland?

Berlin, 19. Juni. Nach einer Warschauer Meldung des „Berl. Tagebl." beschloß gestern abend das Parlament mit 300 gegen 100 Stimmen als Ministerpräsidenten Stephan Przanowski vorzuschlagen. Er war im Wirtschkabinett vor einem Jahr als Minister für Handel und Industrie tätig, ist Großindustrieller und Gutsbesitzer der politisch auf dem rechten Flügel der Mittelparteien steht. Ob er eine Kabinettsbildung zustande bringen wird, ist noch nicht sicher. — (Kommt es zustande, so wäre dies ein weiterer Schritt zu den früheren geordneten Verhältnissen. Vorläufig wird man aber wohl keine großen Besserung in dieser Hinsicht hegen dürfen.)

Russische Politiker der Unterschlagung bezichtigt.

Berlin, 19. Juni. Die „Neue Berliner Zeitung" meldet aus Kopenhagen, daß es vor dem Zentralausschuß der russischen kommunistischen Partei lebhafte Auseinandersetzungen über die Verrechnung eines Betrages von 10 Millionen Goldrubel gab, die von der Regierung angeblich zum Teil dazu verwandt worden waren, um das Weltproletariat auf die Konferenz von Genua vorzubereiten, ferner für die revolutionäre Propaganda in Indien. Diese Angelegenheit steht im engsten Zusammenhang mit den Anschlägen, die sich gegen den Präsidenten der 3. Internationale Sinowjew richten, den man beschuldigt, von diesen Propagandageldern Unterschlagungen begangen zu haben. Sinowjew suchte sich vor dem Zentralausschuß zu rechtfertigen. Trotzdem wird versichert, daß er ansehnliche Beträge für sich verwandt habe.

Entschließungen der 2. Internationale.

London, 19. Juni. Reuter. Die 2. Internationale nahm heute vor Beendigung ihrer Verhandlungen folgende Entschließungen an: 1. Angesichts des Mangels an Treu und Glauben seitens der 3. Internationale, welche die internationale Gewerkschaftsbewegung zerriß, die sozialistische Internationale angriff, die auf der Berliner Konferenz bezüglich der politischen Prozesse in Moskau gegebenen Zusagen brach, und das bedingungslose Versprechen, das Dokument über Georgien einem Vertreteransschuß vorzulegen, zurückzog, kann die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen, mit der 3. Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen. 2. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zusammen, um die Wiedergewinnung internationaler Gesichtspunkte zu erwägen, die in der Angelegenheit des europäischen politischen und wirtschaftlichen Ausbaues die sozialistischen und Arbeiterparteien zu einigen geeignet sind. 3. Die Konferenz verpflichtet sich zur Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bei ihrer Verteidigung der Arbeit gegen den Kapitalismus. Zuletzt nahm die Konferenz noch eine von Wibaut-Holland eingebrachte und von Wels-Deutschland unterstützte Entschließung an, in der die Notwendigkeit betont wird, die Organisation des Völkerbundes zu stärken und die Abrüstung zu erleichtern sowie die internationale Verteilung der Rohstoffe und der zum Leben notwendigen Waren zu organisieren.

Amerika will die Freigabe beschlagnahmten deutschen Eigentums beschleunigen.

Paris, 19. Juni. „Neuyork Herald" meldet aus Washington unter dem 18. d. Mts.: Im Weißen Hause sei zwischen dem Präsidenten Harding, Staatssekretär Hughes, dem Generalstaatsanwalt Daugherty und dem Treuhänder für das fremde Eigentum Miller eine Konferenz abgehalten worden, worauf über eine Verfügung über das in Amerika beschlagnahmte deutsche Vermögen und über die Stellung der amerikanischen Ansprüche gegenüber Deutschland verhandelt und beschlossen wurde, die Gesetzgebung betreffend die Verfügung über das deutsche Eigentum im Werte von 357 Millionen Dollar, das noch vor der amerikanischen Regierung verwahrt wird, zu beschleunigen. Das Blatt fügt hinzu, es heiße, man sei dafür gewesen, daß das Geld von Personen mit bescheidenen Mitteln, das in Amerika angelegt worden sei, freigegeben werden solle. — (Nachdem der Krieg seit fast vier Jahren beendet, ist es nicht recht einzusehen, weshalb die Beschlagnahme des Privateigentums noch nicht aufgehoben wurde.)

Die Revolution in China.

Hongkong, 19. Juni. Reuter. Die Truppen Tscheng-Tschung-Mings in Kanton haben vier Kanonenboote und ein Torpedoboot beschossen, die den Kantonfluß hinaufdampften. Die beschossenen Schiffe, die der Partei Sunjatsens angehören, erwiderten das Feuer. Es wurde ein Waffenstillstand vereinbart unter der Bedingung, daß die Truppen Tscheng-Tschung-Mings die Beschießung der Kriegsschiffe einstellen und diese davon absehen, Kanton zu beschießen. Die Kantoner Bevölkerung flüchtet nach Hongkong. — (Die Meldung, daß der Aufstand bereits niedergeschlagen sei, scheint demnach den Tatsachen nicht zu entsprechen.)

Sächsische Nachrichten.

* Kreisausschuß. Eine öffentliche Sitzung des Kreisausschusses findet Freitag, den 30. Juni 11 Uhr statt.

* Amnestie-Antrag der Kommunisten. Die Landtagsfraktion der Kommunistischen Partei hat folgenden Antrag eingebracht. 1. Erlassen werden die von den sächsischen Gerichten bis einschließlich 15. Juni 1922 rechtskräftig erkannten Strafen wegen politischer Delikte. Es werden auch die bei den sächsischen Gerichten anhängig gewordenen Strafverfahren im gleichen Umfange niedergeschlagen. Als politische Delikte sind anzusehen alle Straftaten, die um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Ordnung begangen worden sind. — Ausgeschlossen sind solche Personen, die bei der Begehung der Handlung die alten vorrevolutionären Zustände wiederherstellen wollten. 2. Erlassen werden die von den sächsischen Gerichten in der Zeit bis einschließlich 15. Juni 1922 rechtskräftig erkannten Strafen wegen aus Not begangener Straftaten, sofern die erkannten Strafen Geldstrafen, Haftstrafen oder Gefängnisstrafen von nicht mehr als einem Jahre sind. Im gleichen Umfange werden die Strafverfahren niedergeschlagen. 3. Erlassen werden die von den sächsischen Gerichten rechtskräftig erkannten Strafen im Sinne der Paragraphen 218 und 219 und 43 des StrGB. Ausgenommen sind Personen, die die Notlage gröblich ausgenutzt haben. Im gleichen Umfange sind die Strafverfahren niederzuschlagen. 4. Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung eine Amnestie im gleichen Umfange zu beantragen.

* Volkskurheim Bad Elster. Der Plan, in Bad Elster ein „Volkskurheim" zu errichten, wird von der sächsischen Regierung energisch weiter verfolgt. Am 16. Juni fand im Ministerium des Innern mit Vertretern von Reichs- und Staatsbehörden, sowie mit Vertretern der großen Versicherungsträger, der Gewerkschaften, der Industrie und des Arbeiterwohlfahrtsausschusses eine Besprechung über die Durchführung des Unternehmens statt. Es ist beabsichtigt, unter erheblicher Beteiligung des Staates eine selbständige rechtsfähige Vereinigung in Form einer G. m. b. H. oder eines eingetragenen Vereins zu gründen. Neben einem Hauptgebäude mit Küche, Speise-, Gesellschafts- und Verwaltungsräumen sind vier zur Unterbringung der Kranken und Erholungsbedürftigen bestimmte Häuser mit je 50 bis 60 Betten in Aussicht genommen. Der Bau dieser Häuser soll nach und nach erfolgen. Gedacht ist, diese Häuser auch für Winterkuren, die sich im letzten Winter recht gut bewährt haben, einzurichten. Die Mittel, die sich gegenwärtig für zwei Häuser schätzungsweise auf etwa 18—20 Millionen Mark belaufen, sollen durch Gründungsstifter, durch einmalige und jährliche Mitgliedsbeiträge, sowie durch Gewährung von Darlehen zu einem mäßigen Zinssatz aufgebracht werden. Dem Plane und der in Aussicht genommenen Art der Durchführung wurde einmütig zugestimmt und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich auch die Industrie in weitgehendem Maße an dem Unternehmen, das in erster Linie den Arbeitnehmern zugute kommen soll, beteiligen werde. Inzwischen sollen die Vorarbeiten so rasch wie möglich gefördert werden, damit womöglich schon in der kommenden Kurzeit das „Volkskurheim" eröffnet werden kann. Endlich wurde auf die notwendige Erweiterung des Radiumbades Oberschlema hingewiesen und gebeten, nachzuprüfen, ob nicht auch dieses Projekt durch dieselben Körperschaften gefördert werden könnte.

* Landesstelle für freies Volksbildungswesen. Die Landesstelle für Volkshochschulwesen in Sachsen soll in Anbetracht der sich ausdehnenden Aufgaben in Kürze zu einer Landesstelle für freies Volksbildungswesen erweitert werden. Neben der Pflege der Volkshochschularbeit soll ihr insbesondre die Förderung der volkstümlichen Büchereien übertragen werden. Gleichzeitig ordnet das Kultusministerium an, daß die staatlichen höheren Lehranstalten ihre Räume, soweit der Unterrichtsbetrieb es gestattet, für die Zwecke der Volkshochschulen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen haben. Lehrer an staatlichen höheren Schulen, die sich der Volkshochschularbeit in besonderem Maße widmen, kann ein entsprechender Stundennachlaß gewährt werden, ebenso kann die oberste Schulbehörde mit Zustimmung des Finanzministeriums in hervorragender Weise an Volkshochschulen tätige Volksschullehrer von Pflichtstunden befreien. Die Verteilung der Beihilfen für die Förderung des volkstümlichen Büchereiwesens soll neu geordnet werden. Der Staat wird allerdings diese Unterstützungen davon abhängig machen, daß die Gemeinden sich mit entsprechenden Beträgen beteiligen. Schließlich wird noch die alte Verfügung, wonach bei Anläufen durch Volksbüchereien aus staatlichen Mitteln die im Musterkatalog für Volks- und Jugendbibliotheken verzeichneten Werke zu berücksichtigen sind, aufgehoben.

Dresden.

—* Ergebnis des Volksbegehrens in Dresden. Die notwendige Stimmenzahl übertroffen! Nach einer vorläufigen Zusammenstellung des städtischen Wahl- und Listenamtes sind im Stadtgebiet Dresden für das Volksbegehren 115 748 Stimmen abgegeben worden. Dresden hat also von den 296 798 erforderlichen Stimmen allein beinahe 40 Prozent aufgebracht. Bei der Stadtverordnetenwahl im vorigen Jahre — die letzte Landtagswahl läßt sich wegen der inzwischen erfolgten Einverleibungen nicht zum Vergleich heranziehen — wurden in Dresden 138 672 bürgerliche Stimmen abgegeben. Am jetzigen Volksbegehren haben sich also 83 Prozent der damaligen bürgerlichen Wähler Dresdens oder 28 Prozent der gesamten Wahlberechtigten in Dresden beteiligt.

—* Elternratswahlen. Wie aus einer Bekanntmachung des Schulamtes in vorliegender Nummer ersichtlich, sind die Elternratswahlen in allen Volks- und Hilfsschulen auf Sonntag, den 2. Juli und die Wahlzeit auf vormittags 10 bis 5 Uhr nachmittags festgesetzt worden. Die Bekanntmachung enthält auch Bestimmungen über Art und Größe der Stimmzettel.

—* Stipendien. Das städtische Fürsorgeamt hat für das Jahr 1922 eine Anzahl Stipendien und Ausbildungsbeihilfen zu vergeben. Näheres über die einzelnen Bestimmungen ergeben Anschläge an den schwarzen Brettern der hiesigen Hochschulen, auch erteilt die Stiftungsverwaltung des Fürsorgeamtes, Landhausstraße 9, 3. Etage (Fernruf 25 061) auf Anfrage nähere Auskunft. Schriftlichen Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Fahrräder u. -Teile
kauft dauernd (3417
W. Thomas Nachflg.
Inh.: Max Päperer, Bühlau
Bautzner Str. 10, Tel. Amt Loschwitz 791.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Opernhaus.

„Der Mann im Mond" so betitelte bekanntlich Wilhelm Hauff den satirisch-parodistischen Roman, in dem er die herz- und geistlose, lediglich auf platteste Alltäglichkeit eingestellte Schreibweise des damaligen Modeschriftstellers Clauren ebenso zu verspotten und literarisch zu vernichten wünschte, wie die Gedankenlosigkeit des Publikums, das allezeit den albernsten Plattheiten seinen größten Beifall gespendet hat. „Der Mann im Mond", so heißt aber auch das Mittelding zwischen Oper, Operette und Faschingsschwank, das uns die Staatsoper aus irgendwelchen Gründen als Uraufführung auftischte und für das die Herren Warden und Wellemaisky als Textverfasser zeichnen, während die Musik aus der Feder von Jan Brandts-Buys stammt, der seit seinen niedlichen, aber doch im Grunde wenig bedeutenden „Schneidern von Schönau" das Schoßkind unserer Staatsoper ist, obwohl sein „Glockenspiel" und sein „Eroberer" glatte Versager waren. In dem neuen Werke feiert das Philistertum und die glatte Alltäglichkeit ebenso einen Triumph wie in Hauffs gleichnamigem Roman, nur daß dieser zwischen den Zeilen die flammende Begeisterung eines Dichters für höhere Ziele erkennen läßt, während in dem Textbuch der beiden Wiener Textbuchverfasser die jetzt vielleicht in der einst so lustigen Wienerstadt herrschende Weisheit allen Ernstes zum Siege geführt wird, daß der Magen das ausschlaggebende Organ des Menschen ist und daß alle hochfliegenden Träume und Wünsche einer sehnenden Künstlerseele nur eitler Wahn sind. Man muß im Namen der Kunst und der Menschheit gegen diese Auffassung Verwahrung einlegen, zumal da die Autoren mit Taschenspielergeschicklichkeit die Sache am Schluß umdrehen und so darstellen, als hätten sie für die Kunst eine Lanze brechen wollen. Sie wissen vielleicht nicht, was sie tun, aber der Gesamteindruck ihrer Arbeit muß für jeden, der nicht ganz in Materialismus erstickt ist, geradezu niederschmetternd sein.

Die in ein burleskes Märchengewand gezwängte Handlung ist überdies so dünn und spärlich, so vom Geiste der Offenbach und Oskar Strauß (Lustige Nibelungen) getränkt, daß sie nur mit Mühe auf drei Akte zerdehnt wird und unziemlich langweilig genannt werden muß. Wie ein Komponist von der Begabung eines Brandt-Buys sich entschließen konnte, solche nüchterne Albernheit zu komponieren, bleibt sein Geheimnis. Naturgemäß entspricht seine Musik dem Charakter der „Dichtung", d. h. sie ist ohne Seele, ohne Humor, lediglich gekünstelt und mit allerhand Aufputz versehen; eine lediglich gemachte Sache ohne inneres Leben und ohne Stil. Einige hübsche Einzelheiten in Melodik und Instrumentation seien gern anerkannt, aber das Ganze ist unerquicklich und öde. Nur eine Darstellung ersten Ranges sowie das Aufgebot aller Künste des Schneiders und der dekorativen Ausstattung konnten dem innerlich leblosen Werke zu einem der hier nun einmal üblichen Uraufführungserfolge verhelfen und dazu hatte unsere Oper denn auch das dankbar Beste getan. Unter Kutzschbachs musikalischer und Hartmanns Spielleitung kam denn auch eine Vorstellung zustande, die mit Frl. Rethberg und den Herren Tauber und Ermold in den Hauptrollen, der Neuheit ein kurzes Scheinleben zu verleihen imstande sein dürfte. Das nur mäßig gefüllte Haus ging gutwillig mit und rief den Komponisten nebst allen seinen Helfern oftmals an die Rampe. Es kann vielleicht sogar sein, daß diese Philister-Märchenoper, in deren Musik der Tonsetzer seine Farben oft allzudick aufträgt, dem „Geist der Zeit" Genüge tut — aber wer von der Kunst ethische Werte verlangt, wer an Mozart, Beethoven und Rich. Wagner glaubt, wird nur mit Bedauern wünschen können, daß dieser „Mann im Mond" bald in seine Heimat zurückkehren möge. Es ist trotz aller Narretei und erkünstelten Lustigkeit doch ein „trauriger Mond." F. A. Geißler.

Konzerte.

Das 3. Orgelkonzert von Hanns Kötzschke fand am Sonntag nachm. in der Christuskirche zu Dresden-Strehlen statt und bereitete den Hörern eine genuß- und abwechslungsreiche Stunde. Herr Kantor Kötzschke bewährte sich mit der Wiedergabe von Kompositionen von Bach und einer eindrucksvollen, von Kraft und Schwung erfüllten Orgelsonate aus der Feder Hugo Daffners als ein Organist von hervorragendem Können und sicherem Feingefühl und erzielte auch mit seinem Frauenchor „Das ist der Tag, den der Herr gemacht hat" einen beträchtlichen Eindruck, welcher zum Teil auf Rechnung der recht lobenswerten Ausführung durch den Chor von Ilda v. Wolf kam. Dieser gab auch mit einem Chorgesang Anton von Brucks einen schönen Beweis seines Strebens und seiner künstlerischen Berechtigung. Violinvorträge des Frl. Suse Kempe und des Herrn Hans Stalling bereicherten in erfreulicher Weise die Vortragsfolge, die mit Regers prachtvoller „Morgenstern-Fantasie" für Orgel wirkungsvoll abschloß. G.

Daß es „zwischen Beethoven und Liszt" noch recht wenig bekannte Werke von klassischer Bedeutung gibt, zeigt das Programm des 2. Aufführungsabends des Pädagogiums der Tonkunst, welcher Donnerstag 7½ Uhr im großen Logensaal Ostraallee 15 stattfindet und u. a. die erste Sonate in A-moll von Franz Schubert und die Etüde Widerspruch aus den Charakteristischen Studien von Moscheles darbieten wird.

SLUB
Wir führen Wissen.